

Abstimmungskolumne Munz-Müller, Klettgauer Bote vom 9.9.2021

Zur eidg. Abstimmung vom 26.9.2021: **99 Prozent Initiative**

9.9.2021; Martina Munz, Nationalrätin

Warum Arbeitseinkommen höher belasten als Einkommen aus Kapital?

Genau das ist heute der Fall! Dividenden werden heute mit weniger Steuern belastet als Arbeitseinkommen. Das ist ungerecht. Wer arbeitet, um zu leben sollte nicht höher besteuert werden als Personen, die ihr Vermögen „arbeiten“ lassen. Vor zwanzig Jahren besass ein Prozent der Schweizer Bevölkerung 36 Prozent des Vermögens, heute besitzen sie bereits 43 Prozent. Die Macht der Vermögenden hat in kurzer Zeit enorm zugenommen. Die reichsten 300 Personen der Schweiz haben sogar von der Corona-Pandemie profitiert. Ihr Vermögen hat sich in einem Jahr von 352 Milliarden Franken auf 707 Milliarden verdoppelt. Die sechs Schweizer MilliardärInnen wurden um 15.5 Milliarden reicher, das ist so viel wie alle Corona-Ausgaben des Bundes.

Diese gefährliche Konzentration der Vermögen wird seit den 70er Jahren unter dem Schlagwort «Standortwettbewerb» beschleunigt. Wer Kapital besitzt, kommt in den Genuss von Steuersenkungen. Die Allgemeinheit kostet das jedes Jahr mindestens 4.5 bis 5.5 Milliarden Franken. Die Steuersenkungen zahlen sich nur für jene mit den höchsten Einkommen aus. Trotz gegenteiliger Versprechen sind die Investitionen gleichgeblieben. Das zusätzliche Geld wird nicht in die Produktivität von Unternehmen investiert, sondern für Spekulation in den Finanzmärkten. Das destabilisiert unser Wirtschaftssystem, macht es krisenanfällig. Gleichzeitig hat die Kaufkraft der kleinen Einkommen seit zwanzig Jahren stetig abgenommen. Das schadet den KMU, die auf eine gute Kaufkraft der Bevölkerung angewiesen sind.

Die Initiative ist offen formulierten, die Ausführungsgesetze werden vom bürgerlich dominierten Parlament ausgearbeitet. Es kann deshalb von einer KMU freundlichen Regelung auch für die Nachfolge ausgegangen werden. Nach Jahrzehnten der Steuersenkungen für Kapitaleinkommen können wir mit der 99 Prozent-Initiative eine bescheidene Korrektur anbringen: Die höhere Besteuerung von Kapitalgewinnen setzt Anreize für wirkliche Investitionen und schafft Arbeitsplätze. Es ist zudem eine Frage der Gerechtigkeit, dass Kapitalgewinn und Kapitaleinkommen mindestens gleich besteuert wird wie Arbeitseinkommen.

Die 99 Prozent Initiative schliesst sich damit dem internationalen Trend an: Der internationale Währungsfonds hat 2017 bemängelt, dass die Durchschnittsbesteuerung für Spitzeneinkommen in der OECD zwischen 1981 und 2015 von 62% auf 35% fast halbiert wurde. Er schlägt deshalb eine stärkere Besteuerung der höchsten Einkommen vor. Mit der 99 Prozent-Initiative machen wir uns genau auf diesen Weg.